

Az.: 55.1-8645-36

## **Bekanntmachung der Regierung von Niederbayern**

**Naturschutzrecht;**

**Ausnahme nach § 43 Abs. 8 Satz 1 Nr. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zum Abschuss von Kormoranen**

**Die Regierung von Niederbayern erlässt folgende**

### **Allgemeinverfügung :**

Auf der Grundlage von § 43 Abs 8 Satz 1 Nr. 1 und 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 25. März 2002 (BGBl 1 S. 1193), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl 1 S. 2986), wird zum Schutz gefährdeter Fischarten folgende über § 1 der Verordnung über die Zulassung von Ausnahmen von den Schutzvorschriften für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten (Artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung —AAV) vom 3. Juni 2008 (GVBL S. 327) hinausgehende Regelung getroffen:

1. Der Abschuss von Kormoranen wird abweichend von der AAV in nachfolgend genannten Gebieten zugelassen:
  - a) an den flussbegleitenden Altwässern entlang der Donau im Europäischen Vogelschutzgebiet DE 7142471 „Donau zwischen Straubing und Vilshofen“ (beginnend bei Flußkilometer 2242.2 -Sandbach-, endend bei Flußkilometer 2329,7 -Wehr Stauhaltung Straubing- )
  - b) im Naturschutzgebiet „Halser Ilzschleifen“
2. Der Abschuss ist in diesen Gebieten nur zulässig in der Zeit vom 16. August bis 14. März.
3. Der Abschuss ist in diesen Gebieten nicht an den Schlafplätzen der Tiere zulässig.
4. § 1 Abs. 3 Satz 3 und 4 und Abs. 4 bis 6 AAV gelten entsprechend; die zusätzlichen Einlegeblätter zur jagdlichen Streckenliste, bei beringten Vögeln auch die Ringnummer, sind demnach bis spätestens 10. April eines jeden Jahres der zuständigen unteren Jagdbehörde zu übermitteln.
5. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 30. April 2012 außer Kraft.

### **Begründung:**

1. Der Bayerische Landtag hat mit Beschluss vom 07.05.2009 (Drs. 16/1304) die Staatsregierung aufgefordert, die Regelungen zum Abschuss des Kormorans so zu gestalten, dass ein noch wirksames Vorgehen gegen Kormorane ermöglicht wird.

Die flussbegleitenden Altwässer entlang der Donau im Europäischen Vogelschutzgebiet DE 7142471 „Donau zwischen Straubing und Vilshofen“ haben als Winterruhegebiete für zahlreiche Fischarten große Bedeutung. Insbesondere sind hier zu nennen:

Nerfling, Frauenerfling, Zobel, Zope, Schied, Nase und Donau-Kaulbarsch, aber auch häufigere Arten wie Brachse, Güster, Rußnase oder Aitel.

Gleiches gilt für den Bereich der Ilz im Naturschutzgebiet „Halser Ilzschleifen“. Diesem Flussabschnitt kommt eine besondere Bedeutung als Verbindungskorridor zwischen den Huchenbeständen im oberen Ilztal und den Beständen in Donau und Inn zu.

Der Fraßdruck durch den Kormoran wirkt sich hier in erheblichem Maß ungünstig auf Erholung und Erhalt der Fischbestände aus.

Temperaturbedingt reduzieren viele Fischarten im Winter ihre Stoffwechselaktivität. Vornehmlich Karpfenartige (Cypriniden) verbringen den Winter in sog. Winterruhe in Winterlagern, in der die Nahrungsaufnahme und Schwimmaktivitäten weitestgehend eingestellt werden. Die Beutezüge der Kormorane führen neben den direkten Fraßverlusten zu indirekten Verlusten infolge späterer Ausfälle wegen der nicht kompensierbaren Energieverluste nach erzwungenen Aktivitätssteigerungen der Fische. Bei überlebenden Fischen steigt die Krankheitsanfälligkeit und sinkt die Reproduktionsrate bis hin zum völligen Ausfall der Vermehrung.

2. Die Regierung von Niederbayern ist als höhere Naturschutzbehörde örtlich und sachlich zuständig für den Erlass der vorliegenden Allgemeinverfügung (Art. 37 Abs. 2 Nr. 2 Bayerisches Naturschutzgesetz i.V.m. § 1 der Verordnung über die Zuständigkeiten im Artenschutz (Artenschutz Zuständigkeitsverordnung — ArtSchZustV) vom 11.08.2006 GVBl. S. 719); Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayRS 2010-1-1).
3. Der Kormoran (*Phalacrocorax carbo sinensis*) ist als europäische Vogelart im Sinne von Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie (Richtlinie 79/409/EWG) besonders geschützt (§ 10 Abs. 2 Nr. 10 lit. b) u. bb). Nach den Zugriffsverboten des § 42 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten, wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten, oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Es ist ferner verboten, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören.

Darüber hinaus ist es verboten, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Die Verordnung über die Zulassung von Ausnahmen von den Schutzvorschriften für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten (Artenschutzrechtliche

Ausnahmereverordnung -AAV) vom 03.06.2008 (GVBl. S. 327) lässt abweichend von § 42 Abs. 1 BNatSchG zur Abwendung erheblicher fischereiwirtschaftlicher Schäden und zum Schutz der heimischen Tierwelt in der Zeit vom 16. August bis 14. März, in Schonbezirken nach Art. 80 BayFiG, sowie in geschlossenen Gewässern nach Art. 2 BayFiG bis 31. März, in einem Umkreis von 200 m um Gewässer die Tötung von Kormoranen durch Abschuss zu.

Ausgenommen sind befriedete Jagdbezirke, Naturschutzgebiete und Europäische Vogelschutzgebiete.

Darüber hinaus können nach § 43 Abs. 8 BNatSchG im Einzelfall Ausnahmen von den Verboten zugelassen werden, u.a. soweit dies zum Schutz der heimischen Tierwelt erforderlich ist und die Voraussetzungen des § 43 Abs. 8 Satz 2 BNatSchG gewahrt sind.

Auf Grund des gestiegenen Fraßdrucks durch den Kormoran ist es notwendig, mit vorliegender Allgemeinverfügung eine weitergehende Ausnahme von den Verboten des § 42 Abs.1 BNatSchG zuzulassen.

Umgriff und Inhalt der getroffenen Regelung ergeben sich aus den naturschutzfachlichen und fischereifachlichen Stellungnahmen.

Aufgrund der regelmäßigen Präsenz des Kormorans v.a. in den Herbst- und Wintermonaten an der frei fließenden niederbayerischen Donau besteht zum Schutz der heimischen Fischfauna die Notwendigkeit, erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, um den Fraßdruck zu reduzieren und ein Überleben der Bestände bedrohter Fischarten, v.a. in den Winterlagern zu ermöglichen. Die Kulisse für den Abschuss beschränkt sich somit bewusst auf die Donaualtwässer des EU-Vogelschutzgebietes „Donau zwischen Straubing und Vilshofen“ und nicht auf die Donau als Fließgewässer selbst. Mit dem Aussparen der Donau aus der Abschusskulisse wird deren nationaler Bedeutung als Rast- und Überwinterungsplatz für Wasservögel Rechnung getragen.

Die oben dargestellte Sachlage rechtfertigt die Zulassung einer Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Verboten im festgesetzten Umfang.

Zumutbare Alternativen sind zum Erhalt der Vielfalt charakteristischer Fischarten nicht gegeben; Belange des Vogelschutzes können aufgrund des Schutzes des allgemein beginnenden Brutgeschäfts zu diesem Zeitpunkt noch nicht entgegenstehen. Ein nachteiliger Einfluss auf den Erhaltungszustand der geschützten Tierart ist von den Abschüssen nicht zu erwarten.

Somit steht diese Allgemeinverfügung im Einklang mit Art. 9 Abs. 1 und 2 der Richtlinie 79/409/EWG (= „Vogelschutzrichtlinie“).

4. Für diese Allgemeinverfügung werden keine Kosten erhoben. Es besteht Kostenfreiheit nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Kostengesetzes, da die Allgemeinverfügung von Amts wegen zum Schutz der heimischen Tierwelt im öffentlichen Interesse ergeht.

5. Nach Art. 41 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 4 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes — BayVwVerfG — gilt bei öffentlicher Bekanntgabe eines schriftlichen Verwaltungsaktes dieser zwei Wochen nach der öffentlichen Bekanntgabe als bekannt gegeben. In einer Allgemeinverfügung kann als ein hiervon abweichender Tag frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag bestimmt werden. Im Interesse einer wirkungsvollen Bekämpfung des Kormorans wurde von dieser Regelung Gebrauch gemacht.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage beim Bayerischen Verwaltungsgericht Regensburg, Haidplatz 1, 93047 Regensburg, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. Nr. 13/2007) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Naturschutzes abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.
- Die Klageeinlegung in elektronischer Form (z.B. durch E-Mail) ist unzulässig.
- Kraft Bundesrechts ist bei Prozessverfahren vor dem Verwaltungsgericht seit dem 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten, sofern kein Fall des § 188 VwGO vorliegt

Landshut, 04. Februar 2010  
Regierung von Niederbayern

Heinz Grunwald  
Regierungspräsident

**Hinweis:**

Die Begründung dieser Allgemeinverfügung kann während der allgemeinen Dienststunden bei der Regierung von Niederbayern, Regierungsplatz 540, 84028 Landshut oder auf der Homepage der Regierung von Niederbayern <http://www.regierung.niederbayern.ba%20ern.de> eingesehen werden.